

Esra Buttanri\*

## Klimawandel, globale Sicherheit und die OSZE

### *Einführung*

Der Klimawandel und seine Folgen für die Sicherheit werden zunehmend zum Gegenstand der internationalen Diskussion. Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen (VN) befasst sich seit 2007 mit dem Zusammenhang zwischen Klimawandel und Sicherheit. Auch auf nationaler Ebene nehmen die Staaten den Klimawandel vermehrt als Sicherheitsproblem wahr. Die Agenda 2030<sup>1</sup> veranschaulicht mit ihrem Schwerpunkt auf Frieden als einer ihrer fünf Säulen – Menschen, Planet, Wohlstand, Frieden und Partnerschaft – und der expliziten Ausrichtung eines ihrer 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung (*Sustainable Development Goals*, SDGs) auf Maßnahmen zum Klimaschutz (SDG 13) die Wechselwirkung zwischen nachhaltiger Entwicklung und Klimawandel. In der OSZE begann die Diskussion über den Klimawandel zur selben Zeit wie in den VN. Auf sie wurde in mehreren Beschlüssen und Erklärungen des OSZE-Ministerrats Bezug genommen. Darüber hinaus wurde der Zusammenhang zwischen Klimawandel und Sicherheit in verschiedenen OSZE-Foren thematisiert und in eigens dafür konzipierten Projekten, die vom Büro des Koordinators für Wirtschafts- und Umweltaktivitäten der OSZE (*Office of the Co-ordinator of OSCE Economic and Environmental Activities*, OCEEA) geleitet und gemeinsam mit internationalen Partnern und den Feldoperationen der OSZE durchgeführt wurden, erforscht. Der vorliegende Beitrag gibt einen Überblick über die möglichen Auswirkungen des Klimawandels auf die Sicherheit, die internationale Debatte zu diesem Thema und die Reaktion der OSZE.

### *Ein Überblick über den Zusammenhang zwischen Klimawandel und Sicherheit*

Der Klimawandel wird als ein „Bedrohungsmultiplikator“ erkannt, der bestehende Sicherheitsrisiken verschärft und die Umweltbelastung verstärkt und damit den Druck erhöht, der die Reaktionsfähigkeit von Regierungen an ihre Grenzen bringen kann. Die Bedrohung geht also nicht vom Klimawandel selbst

---

\* Die in diesem Beitrag vertretenen Ansichten sind diejenigen der Autorin und geben nicht die Meinung der OSZE oder anderer Organisationen wieder.

1 Vereinte Nationen, Generalversammlung, Resolution der Generalversammlung, verabschiedet am 25. September 2015, 70/1. Transformation unserer Welt: die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung, A/RES/70/1, 21. Oktober 2015, unter: <https://www.un.org/Depts/german/gv-70/band1/ar70001.pdf>.

aus, sondern vielmehr von dessen Wechselwirkung mit den bestehenden Sicherheitsbedingungen,<sup>2</sup> insbesondere in dreifacher Hinsicht. *Erstens* belasten die zunehmende Häufigkeit und Intensität von klimabedingten Extremwetterereignissen wie Überschwemmungen, Dürren, Hitzewellen und Waldbränden die natürlichen Ressourcen, vor allem Wasser und Land, und bedrohen in erster Linie die Wasser- und Ernährungssicherheit. *Zweitens* führt der Klimawandel infolge des steigenden Meeresspiegels und aufgrund von Extremwetterereignissen zu Risiken für kritische Infrastrukturen, wie z.B. Energieanlagen oder militärische Einrichtungen. *Drittens* gefährdet der Klimawandel die Lebensgrundlagen vor allem derjenigen, die von natürlichen Ressourcen abhängig sind, was die Betroffenen zur Migration, zur Suche nach illegalen Einkommensquellen oder zu Aufständen treiben könnte, was wiederum das Risiko der Instabilität erhöht. Positiv zu werten ist, dass die Zusammenarbeit und die diplomatischen Bemühungen in diesem Bereich Ansatzpunkte und Mittel zur Stärkung gutnachbarschaftlicher Beziehungen und zur Vertrauensbildung schaffen.

Die *Global Risks Reports* des Weltwirtschaftsforums haben in den letzten sieben Jahren in Folge das „Versagen beim Klimaschutz und bei der Anpassung an den Klimawandel“, gemessen an seinen Auswirkungen, als eines der fünf größten globalen Risiken identifiziert.<sup>3</sup> Im *Global Risks Report 2019* wird dieses Versagen als die zweitgrößte Gefahr sowohl hinsichtlich seiner Wahrscheinlichkeit als auch seiner Auswirkungen eingestuft.<sup>4</sup>

Insgesamt stellt der Klimawandel eine Bedrohung für die jahrzehntelangen Fortschritte in der nachhaltigen Entwicklung dar und erschwert die weitere Umsetzung der Agenda 2030. Andererseits bietet die Bekämpfung des Klimawandels die Chance, Fortschritte in der nachhaltigen Entwicklung durch erhöhte Resilienz, verbesserte Gesundheitsfürsorge, eine geringere Vulnerabilität sowie mehr Sicherheit für Nationen und Volkswirtschaften zu beschleunigen.

#### *Die internationale Debatte über Klimawandel und Sicherheit*

Im Laufe der letzten zehn Jahre haben globale Führer, politische Entscheidungsträger sowie relevante Interessengruppen weltweit dem Zusammenhang zwischen Klimawandel und Sicherheit besondere Aufmerksamkeit gewidmet und ihre Besorgnis in zahlreichen politischen und wissenschaftlichen Dokumenten dargelegt. Nachfolgend findet sich eine Zusammenfassung dessen, wie

---

2 Vgl. Is climate change a security risk? Climate Security 101. A Project of The Center for Climate and Security, unter: <https://climatesecurity101.org/faqs/is-climate-change-a-security-risk/>.

3 Alle vom Weltwirtschaftsforum seit 2006 veröffentlichten Global Risks Reports sind verfügbar unter: <https://www.weforum.org/global-risks/archive>.

4 Vgl. World Economic Forum, The Global Risks Report 2019, 14th Edition, Genf 2019, Abb. 1, S. 5, unter: <https://www.weforum.org/reports/the-global-risks-report-2019>.

sich die Diskussion über Klimawandel und Sicherheit seit 2007 entwickelt hat. Dabei werden wichtige internationalen Entwicklungen, die für die OSZE-Region relevant sind, besonders hervorgehoben.

Die erste formelle Debatte des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen über den Klimawandel und seine möglichen Auswirkungen auf die Sicherheit fand am 17. April 2007 statt. In der Debatte ging es hauptsächlich um die Vereinbarkeit des einzigen Tagesordnungspunkts, des Zusammenhangs zwischen Energie, Sicherheit, und Klima, mit dem Mandat des Sicherheitsrats gemäß der VN-Charta. Es kam zu keinem offiziellen Ergebnis.<sup>5</sup> Zum Zeitpunkt der Entstehung des vorliegenden Beitrags hatte sich dieser Sachverhalt nicht nennenswert verändert.

Das Thema wurde im Juni 2009 von den Kleinen Inselentwicklungsländern (*Small Island Developing States*, SIDS) des Pazifischen Ozeans auf die Tagesordnung der VN-Generalversammlung gesetzt. Die Debatte führte zu einer Resolution der Generalversammlung, in der u.a. der VN-Generalsekretär darum ersucht wurde, einen umfassenden Bericht über die möglichen Auswirkungen des Klimawandels auf die Sicherheit vorzulegen. Der VN-Generalsekretär stellte seinen Bericht am 11. September 2009 vor. Der Bericht bezeichnete den Klimawandel als „Bedrohungsmultiplikator“, der bestehende Bedrohungen verschärfe, und betonte, dass der Klimawandel die Sicherheit auf verschiedenen Wegen beeinflussen könnte, die die Fähigkeit von Staaten, die Stabilität aufrechtzuerhalten, gefährden.<sup>6</sup>

Die zweite formelle Debatte des VN-Sicherheitsrats fand am 20. Juli 2011 statt und befasste sich mit den Auswirkungen des Klimawandels auf die Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit. Das Ergebnis der Debatte war eine Erklärung des Präsidenten des Sicherheitsrats, in der bekräftigt wird, dass das Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen „das Schlüsselinstrument für den Umgang mit dem Klimawandel“ sei. Gleichzeitig wurde in der Erklärung die Besorgnis darüber zum Ausdruck gebracht, dass „mögliche nachteilige Auswirkungen des Klimawandels bestimmte bestehende Bedrohungen des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit langfristig verschärfen können“.<sup>7</sup>

Der Klimawandel wurde darüber hinaus auch im Kontext weiter gefasster Themen erörtert, die vom VN-Sicherheitsrat behandelt wurden. Gelegenheit dafür boten z.B. das Briefing auf hoher Ebene über „Neue Herausforderungen für den Weltfrieden und die internationale Sicherheit und Konfliktprävention“ am 23. November 2011, die offene Debatte über „Herausforderungen im Bereich

---

5 Vgl. Security Council Report, Maintenance of International Peace and Security: Impact of Climate Change, Juli 2011 Monthly Forecast, 30. Juni 2011, unter: [https://www.securitycouncilreport.org/monthly-forecast/2011-07/lookup\\_c\\_glkwlemtisg\\_b\\_7535735.php](https://www.securitycouncilreport.org/monthly-forecast/2011-07/lookup_c_glkwlemtisg_b_7535735.php).

6 Vgl. United Nations, General Assembly, Climate change and its possible security implications, Report of the Secretary-General, A/64/350, 11. September 2009, S. 5-8, unter: <https://digitallibrary.un.org/record/667264>.

7 Vereinte Nationen, Sicherheitsrat, Erklärung des Präsidenten des Sicherheitsrats, S/PRST/2011/15, 20. Juli 2011, unter: <https://documents-dds-ny.un.org/doc/UNDOC/GEN/NO0/390/15/pdf/NO039015.pdf?OpenElement> (.).

Frieden und Sicherheit für die kleinen Inselentwicklungsländer“ am 30. Juli 2015 sowie eine weitere offene Debatte am 22. November 2016 zum Thema „Wasser, Frieden und Sicherheit“. Letztere befasste sich mit Fragen wie dem Zusammenhang zwischen Klimawandel und Wasserknappheit und der Bewirtschaftung grenzüberschreitender Gewässer.

Ein weiteres Format, das es dem VN-Sicherheitsrat ermöglichte, den Klimawandel zu thematisieren, sind die sogenannten Arria-Formel-Sitzungen.<sup>8</sup> Dabei handelt es sich um informelle Treffen der Mitglieder des Sicherheitsrats, die auf Initiative eines oder mehrerer der Mitglieder einberufen werden. Die am 15. Februar 2013 veranstaltete Diskussion über die „Sicherheitsdimensionen des Klimawandels“ sowie die Sitzung zum „Klimawandel als Bedrohungs-multiplikator für die globale Sicherheit“ vom 30. Juni 2015 sind zwei Beispiele für Sitzungen in diesem Format.

Ein wichtiger Meilenstein in der globalen Diskussion über den Klimawandel war der vom Zwischenstaatlichen Ausschuss für Klimaänderungen (*Intergovernmental Panel on Climate Change*, IPCC; „Weltklimarat“), der für die Auswertung wissenschaftlicher Erkenntnisse im Zusammenhang mit dem Klimawandel zuständigen Institution der Vereinten Nationen, im Jahr 2014 veröffentlichte Fünfte Sachstandsbericht. Der Bericht macht auf die Zusammenhänge zwischen Klima und Sicherheit aufmerksam und stellt fest: „Der Klimawandel kann die Risiken gewaltsamer Auseinandersetzungen indirekt erhöhen, indem er bereits bekannte Treiber dieser Konflikte wie Armut und wirtschaftliche Erschütterungen verstärkt [...]“.<sup>9</sup>

2015 war ein wichtiges Jahr für den Klimawandel. Das im März 2015 von allen VN-Mitgliedstaaten verabschiedete Sendai Rahmenwerk für Katastrophenvorsorge 2015-2030<sup>10</sup> erkennt den engen Zusammenhang zwischen Klimawandel, Katastrophen und nachhaltiger Entwicklung an. Es hebt die Notwendigkeit eines kooperativen *Governance*-Ansatzes zur Anpassung an den Klimawandel und zur Verringerung des Katastrophenrisikos hervor, um durch Naturkatastrophen entstehende Verluste auf allen Ebenen institutionenübergreifend zu verringern. Im Juli 2015 folgte die Verabschiedung der Aktionsagenda von

---

8 Vgl. Security Council Report, UN Security Council Working Methods, Arria-Formula Meetings, 17. Oktober 2019, unter: <https://www.securitycouncilreport.org/un-security-council-working-methods/aria-formula-meetings.php>.

9 IPCC, Zwischenstaatlicher Ausschuss für Klimaänderungen, Klimaänderung 2014: Synthesebericht. Beitrag der Arbeitsgruppen I, II, III, zum Fünften Sachstandsbericht des Zwischenstaatlichen Ausschusses für Klimaänderungen (IPCC), [Hauptautoren/Rajenda K. Pachauri/Leo A. Meyer (Hrsg.)], IPCC, Genf 2014. Deutsche Übersetzung durch Deutsche IPCC-Koordinierungsstelle, Bonn, 2016, S. 16, unter: [https://www.de-ipcc.de/media/content/IPCC-AR5\\_SYR\\_barrierefrei.pdf](https://www.de-ipcc.de/media/content/IPCC-AR5_SYR_barrierefrei.pdf).

10 Nationale Kontaktstelle für das Sendai Rahmenwerk beim Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) (Hrsg.), Sendai Rahmenwerk für Katastrophenvorsorge 2015-2030, übersetzt durch: Deutscher Übersetzungsdienst der Vereinten Nationen, Stand: Mai 2019, unter: [https://www.kritis.bund.de/SharedDocs/Downloads/BBK/DE/Publikationen/Broschueren\\_Flyer/Sendai\\_Rahmenwerk\\_2015\\_2030.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](https://www.kritis.bund.de/SharedDocs/Downloads/BBK/DE/Publikationen/Broschueren_Flyer/Sendai_Rahmenwerk_2015_2030.pdf?__blob=publicationFile).

Addis Abeba zur Entwicklungsfinanzierung.<sup>11</sup> Vier der sieben Handlungsfelder beziehen sich explizit auf den Klimawandel, hauptsächlich im Zusammenhang mit Resilienz im Katastrophenfall. Dabei handelt es sich um die Bereiche inländische öffentliche Mittel, internationale Entwicklungszusammenarbeit, Behandlung von systemischen Fragen sowie Wissenschaft, Technologie, Innovation und Kapazitätsaufbau. Im September 2015 wurde die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung von den Staats- und Regierungschefs auf einem VN-Sondergipfel verabschiedet. Die Agenda bezeichnet den Klimawandel als eine der größten Herausforderungen unserer Zeit und betont, dass die negativen Auswirkungen des Klimawandels die Fähigkeit aller Länder untergraben, eine nachhaltige Entwicklung zu erreichen. Der Kampf gegen den Klimawandel steht im Mittelpunkt der Agenda 2030 und findet sich in jeder ihrer fünf Säulen wieder. Mit SDG 13 brachten die VN-Mitgliedstaaten ihre Entschlossenheit zum Ausdruck, unverzüglich Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels zu ergreifen. Und schließlich wurde im Dezember 2015 mit der Verabschiedung des Übereinkommens von Paris<sup>12</sup> über Klimaveränderungen ein Meilenstein gesetzt. Es ist das erste Übereinkommen, das 197 Parteien für eine gemeinsame Sache zusammengebracht hat: ehrgeizige Anstrengungen zu unternehmen, um den Klimawandel zu bekämpfen und sich an seine Auswirkungen anzupassen. Vorrangiges Ziel des Übereinkommens ist es, den Anstieg der durchschnittlichen Erdtemperatur in diesem Jahrhundert deutlich unter 2 Grad Celsius über dem vorindustriellen Niveau zu halten und die Bemühungen fortzusetzen, den Temperaturanstieg sogar noch weiter auf 1,5 Grad Celsius über dem vorindustriellen Niveau zu begrenzen (Artikel 2(1)a). Darüber hinaus zielt das Übereinkommen darauf ab, die Fähigkeit der Länder zur Bewältigung der Folgen des Klimawandels zu stärken, in erster Linie durch finanzielle Unterstützung, Zusammenarbeit, Technologietransfer und Kapazitätsaufbau. Gemäß Artikel 4 Absatz 2 des Pariser Übereinkommens ist jede Vertragspartei dazu verpflichtet, „aufeinanderfolgende national festgelegte Beiträge [...], die sie zu erreichen beabsichtigt,“ zu erarbeiten, zu übermitteln und beizubehalten und „innerstaatliche Minderungsmaßnahmen [zu ergreifen], um die Ziele dieser Beiträge zu verwirklichen“.<sup>13</sup>

Seit Anfang 2017 gewinnt die Behandlung von Sicherheitsfragen, die mit dem Klimawandel zusammenhängen, im Sicherheitsrat an Dynamik. Mit der Verabschiedung der Resolution 2349 über den Konflikt in der Region des Tschadseebeckens am 31. März 2017 unternahm der Sicherheitsrat einen wichtigen Schritt nach vorn. In der Resolution bekräftigt der Sicherheitsrat, er sei „sich

---

11 Vereinte Nationen, Generalversammlung, Resolution der Generalversammlung, verabschiedet am 27. Juli 2015, 69/313. Aktionsagenda von Addis Abeba der dritten Internationalen Konferenz über Entwicklungsfinanzierung (Aktionsagenda von Addis Abeba), A/RES/69/313, 17. August 2015, Anlage, unter: <https://www.un.org/Depts/german/gv-69/band3/ar69313.pdf>.

12 Übereinkommen von Paris, 12. Dezember 2015, in: Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit, Übereinkommen von Paris, unter: <https://www.bmu.de/gesetz/uebereinkommen-von-paris/>.

13 Ebenda, Artikel 4(2).

der nachteiligen Auswirkungen *bewusst*, die die klimatischen und ökologischen Veränderungen, neben anderen Faktoren, auf die Stabilität haben, unter anderem Wasserknappheit, Dürre, Wüstenbildung, Landverödung und Ernährungsunsicherheit [...]“.<sup>14</sup> In der Folge haben die Ergebnisse der Diskussionen über diverse andere Afrika betreffende Themen Formulierungen zum Klimawandel übernommen, die weitgehend aus Resolution 2349 stammen, so z.B. die Resolution 2408 des VN-Sicherheitsrats zu Somalia.<sup>15</sup>

Im Jahr 2017 fanden auch zwei Arria-Formel-Sitzungen statt, eine zum Thema „Auswirkungen des Klimawandels auf die Sicherheit: der Anstieg des Meeresspiegels“ am 10. April 2017 und eine weitere am 15. Dezember 2017 zum Thema „Vorbereitung auf die Auswirkungen des Temperaturanstiegs auf die Sicherheit“, in denen viele Länder die Notwendigkeit einer klaren und starken Rolle für den VN-Sicherheitsrat unterstrichen.

Am 11. Juli 2018 folgte die dritte formelle Debatte des VN-Sicherheitsrats, die dem Thema „klimabedingte Sicherheitsrisiken verstehen und bewältigen“ gewidmet war. Die Debatte befasste sich mit mehreren konkreten Vorschlägen, darunter die weitere Anerkennung der Auswirkungen des Klimawandels auf die globale Sicherheit, die Ernennung eines Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für Klima und Sicherheit sowie die Einrichtung einer institutionellen Anlaufstelle für Klimasicherheit innerhalb des Systems der Vereinten Nationen als zentrale Stelle für Wissen und Praxis. Der Bedarf an verbesserten Bewertungen und Bewältigungsstrategien für klimabedingte Sicherheitsrisiken wurde ebenso hervorgehoben wie die Notwendigkeit, eine verstärkte regionale, subregionale und grenzüberschreitende Zusammenarbeit bei klimabedingten Sicherheitsrisiken zu ermöglichen.<sup>16</sup>

Die Bemühungen, die Debatte über die Klimasicherheit innerhalb des VN-Systems voranzutreiben, gewannen bis zum Ende des Jahres 2018 weiter an Dynamik.

Im August 2018 rief Deutschland gemeinsam mit Nauru die Freundesgruppe „Klima und Sicherheit“ ins Leben, die gemeinsam Lösungsansätze für die Auswirkungen des Klimawandels auf die Sicherheitspolitik entwickeln, die Öffentlichkeit sensibilisieren und das Engagements der Vereinten Nationen in diesem Bereich stärken soll.

Im November 2018 richteten die Vereinten Nationen den *Climate Security Mechanism* als Pilot-Koordinationsmechanismus für Klima und Sicherheit ein. Diese ressortübergreifende Initiative der VN-Hauptabteilung Politische Ange-

---

14 Vereinte Nationen, Sicherheitsrat, Resolution 2349 (2017), verabschiedet auf der 7911. Sitzung des Sicherheitsrats am 31. März 2017, S/RES/2349 (2017), 31. März 2017, Absatz 26 (Hervorhebung im Original), unter: [https://www.un.org/Depts/german/sr/sr\\_17/sr2349.pdf](https://www.un.org/Depts/german/sr/sr_17/sr2349.pdf).

15 Vereinte Nationen, Sicherheitsrat, Resolution 2408 (2018), verabschiedet auf der 8215. Sitzung des Sicherheitsrats am 27. März 2018, S/RES/2408 (2018), 27. März 2018, unter: [https://www.un.org/Depts/german/sr/sr\\_18/sr2408.pdf](https://www.un.org/Depts/german/sr/sr_18/sr2408.pdf).

16 Vgl. United Nations, Security Council, Letter dated 30 July 2018 from the Permanent Representative of Sweden to the United Nations addressed to the Secretary-General, S/2018/749, 31. Juli 2018, Anhang, unter: <https://undocs.org/pdf?symbol=en/S/2018/749>.

legenheiten und Friedenskonsolidierung (*United Nations Department of Political and Peacebuilding Affairs*, UN DPPA), des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (*United Nations Development Programme*, UNDP) und des Umweltprogramms der Vereinten Nationen (*United Nations Environment Programme*, UNEP) hat die Aufgabe, dem Sicherheitsrat und anderen Organen der Vereinten Nationen integrierte Klimarisikobewertungen vorzulegen.<sup>17</sup> Der Mechanismus wird von einer unabhängigen Expertenarbeitsgruppe unterstützt. Diese am *Stockholm International Peace Research Institute* (SIPRI) angesiedelte *Expert Working Group on Climate-related Security Risks* hat sich zum Ziel gesetzt, die Entscheidungsfindung auf der Grundlage von Informationen über Klimarisiken zu fördern und zeitnahe Bewertungen der Klimasicherheit zu erstellen.<sup>18</sup>

Die Veröffentlichung des IPCC-Sonderberichts „1.5 °C globale Erwärmung“ im Oktober 2018 stellte einen Wendepunkt dar, da er alarmierende Beweise dafür enthielt, dass der Klimawandel wesentlich schneller voranschreitet als vorhergesagt und dass klimabedingte Risiken für die menschliche Sicherheit ebenso wie für die Wasserversorgung, die Gesundheit, das Wirtschaftswachstum, die Lebensgrundlagen und die Ernährungssicherheit bei einer Erwärmung um 1,5 Grad Celsius voraussichtlich zunehmen und bei 2 Grad Celsius sogar noch weiter ansteigen werden.<sup>19</sup> Die Forderung des Berichts nach schnellen und weitreichenden Maßnahmen spiegelte sich auch in der internationalen Debatte über Klimawandel und Sicherheit wider.

Vor diesem Hintergrund fand am 25. Januar 2019 die vierte formelle Debatte der VN-Sicherheitsrats zum Thema „Umgang mit den Auswirkungen klimabedingter Katastrophen auf den Weltfrieden und die internationale Sicherheit“ statt. Die Debatte zeigte, dass die meisten Länder den Klimawandel als ernstzunehmende Herausforderung für den Frieden und die Sicherheit betrachten und es begrüßen würden, wenn sich der Sicherheitsrat mit diesen sicherheits-

---

17 Vgl. Dan Smith/Malin Mobjörk/Florian Krampe/Karolina Eklöv, *Climate Security: Making it #Doable*, Clingendael Report, Februar 2019, S. 15, unter: [https://www.clingendael.org/sites/default/files/2019-02/Climate\\_Security\\_Makingit%23doable\\_0.pdf](https://www.clingendael.org/sites/default/files/2019-02/Climate_Security_Makingit%23doable_0.pdf).

18 Vgl. Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI), Expert Working Group on Climate-related Security Risks, unter: <https://www.sipri.org/research/peace-and-development/climate-change-and-risk/expert-working-group-climate-related-security-risks>.

19 Vgl. IPCC, Zusammenfassung für politische Entscheidungsträger, in: 1.5 °C globale Erwärmung. Ein IPCC-Sonderbericht über die Folgen einer globalen Erwärmung um 1.5 °C gegenüber vorindustriellem Niveau und die damit verbundenen globalen Treibhausgasemissionspfade im Zusammenhang mit einer Stärkung der weltweiten Reaktion auf die Bedrohung durch den Klimawandel, nachhaltiger Entwicklung und Anstrengungen zur Beseitigung von Armut. [Valérie Masson-Delmotte/Panmao Zhai/Hans-Otto Pörtner/Debra C. Roberts/James Skea, Priyadarshi R. Shukla/Anna Pirani/Wilfran Moufouma-Okia/Clotilde Péan/Roz Pidcock/Sarah Connors/J.B. Robin Matthews/Yang Chen/Xiao Zhou/Melissa I. Gomis/Elisabeth Lonnoy/Tom Maycock/Melinda Tignor/Tim Waterfield (Hrsg.)], Genf 2018. Deutsche Übersetzung auf Basis der Version vom 14. November 2018. Deutsche IPCC-Koordinierungsstelle/ProClim/SCNAT/ÖsterreichischesUmweltbundesamt, Bonn/Bern/Wien, November 2018, unter [https://www.de-ipcc.de/media/content/SR1.5-SPM\\_de\\_barrierefrei.pdf](https://www.de-ipcc.de/media/content/SR1.5-SPM_de_barrierefrei.pdf).

relevanten Auswirkungen befassen und somit die Zuständigkeit anderer relevanter VN-Organen ergänzen würde. In der Debatte gab es auch einige konkrete politische Empfehlungen wie z.B. die Schaffung institutioneller Mechanismen und Instrumente für ein besseres und systematischeres Verständnis der Auswirkungen des Klimawandels und klimabedingter Katastrophen auf Frieden und Sicherheit; bessere Frühwarnkapazitäten und Frühmaßnahmen, die durch eine integrierte Risikobewertung und Strategien zur Risikobewältigung auf der Ebene nationaler Regierungen, regionaler Organisationen und der Regionalbüros der Vereinten Nationen ermöglicht werden; eine bessere Einbeziehung klimabezogener Faktoren in die Mandate und Kapazitäten der VN-Feldmissionen sowie die Notwendigkeit, Entwicklungsländer bei der Finanzierung, beim Kapazitätsaufbau und beim Technologietransfer zu unterstützen.<sup>20</sup>

Parallel zu diesen globalen Debatten wird dem Thema auch auf regionaler Ebene in zahlreichen internationalen Organisationen große Aufmerksamkeit geschenkt, darunter die Europäische Union (EU), die Afrikanische Union (AU) und der Verband Südostasiatischer Nationen (*Association of Southeast Asian Nations*, ASEAN).

Seit 2008 steht die EU an vorderster Front, wenn es darum geht, auf die Auswirkungen des Klimawandels auf die Sicherheit aufmerksam zu machen. Die vom Rat der Europäischen Union in den Jahren 2009, 2011, 2013, 2015, 2018 und 2019 verabschiedeten Schlussfolgerungen zur Klimadiplomatie bekräftigen stets, dass der Klimawandel ernstzunehmende Folgen für den Frieden und die Sicherheit auf der ganzen Welt hat, und unterstreichen die Bedeutung grenzüberschreitender Zusammenarbeit.

Der Friedens- und Sicherheitsrat (*Peace and Security Council*, PSC) der AU trat zuletzt am 6. August 2019 zum Thema „Naturkatastrophen und andere Katastrophen auf dem Kontinent: über den normativen Rahmen hinaus“ zusammen. In seiner Presseerklärung hob der Rat hervor, „dass Naturkatastrophen und der Klimawandel zur Verschärfung bestehender Spannungen zwischen den Gemeinschaften beitragen, die Verfügbarkeit von und den Zugang zu lebenswichtigen Ressourcen bedrohen und die am stärksten gefährdeten Bevölkerungsgruppen überproportional treffen“; er „betonte, dass die Mitgliedstaaten ihre Maßnahmen zur Bewältigung der Auswirkungen des Klimawandels, der Umweltzerstörung und von Naturkatastrophen, insbesondere in von Konflikten betroffenen Gebieten, verstärken müssen“.<sup>21</sup>

---

20 Vgl. United Nations, Security Council, Letter dated 4 February 2019 from the Chargé d'affaires a.i. of the Permanent Mission of the Dominican Republic to the United Nations addressed to the Secretary-General, S/2019/113, 7. Februar 2019, Anhang, S. 7-8, unter: [https://www.securitycouncilreport.org/atf/cf/%7B65BFCF9B-6D27-4E9C-8CD3-CF6E4FF96FF9%7D/s\\_2019\\_113.pdf](https://www.securitycouncilreport.org/atf/cf/%7B65BFCF9B-6D27-4E9C-8CD3-CF6E4FF96FF9%7D/s_2019_113.pdf).

21 African Union, Peace and Security Council, 864th Meeting, Press Statement, PSC/PR/BR.(DCCCLXIV), Addis Abeba, 6. August 2019, S. 1-2, unter: <http://www.peaceau.org/uploads/psc-864-press-statement-natural-disasters-eng.pdf> (dieses und alle weiteren Zitate aus fremdsprachigen Quellen sind, wenn nicht anders angegeben, eigene Übersetzungen).

In der ASEAN hingegen werden klimabedingte Sicherheitsrisiken überwiegend im Rahmen eines Ansatzes zur menschlichen Sicherheit formuliert, wobei insbesondere Fragen im Mittelpunkt stehen, die die Entwicklungsmöglichkeiten und die Lebensgrundlagen betreffen.<sup>22</sup>

Es gibt noch weitere Initiativen, wie z.B. den *Brussels Dialogue on Climate Diplomacy* (BDCD), ein informelles Netzwerk für den Informationsaustausch und die Förderung der Zusammenarbeit zwischen europäischen Institutionen, internationalen Organisationen, Think-Tanks und NGOs, die an der Schnittstelle zwischen Klimawandel und Sicherheit aktiv sind.<sup>23</sup> Die OSZE gehört seit der Gründung des Netzwerks im Jahr 2016 neben anderen internationalen und regionalen Organisationen wie die VN, die EU und die NATO zu seinen Mitgliedern.

#### *Der Klimawandel im Kontext der OSZE*

Als weltweit größte regionale Sicherheitsorganisation im Sinne von Kapitel VIII der Charta der Vereinten Nationen schenkt die OSZE im Rahmen ihres umfassenden Sicherheitsansatzes dem Zusammenhang zwischen Umwelt und Sicherheit zunehmend Beachtung. Die Organisation nutzt die Zusammenarbeit im Umweltbereich als Ansatzpunkt für gute nachbarschaftliche Beziehungen sowie zur Stärkung und zum Aufbau von Vertrauen. Sie wirkt auch auf die Bewältigung von Umweltproblemen hin, aus denen Spannungen oder Konflikte entstehen könnten. Mit dem Klimawandel befasst sich die OSZE in erster Linie im Rahmen ihrer Umweltaktivitäten. Das Thema wurde 2007, gleichzeitig mit dem Beginn der Debatten im VN-Sicherheitsrat über die Auswirkungen des Klimawandels auf die Sicherheit, auf die Tagesordnung der Organisation gesetzt und wird seitdem auf verschiedene Weise behandelt. Die verschiedenen Ebenen des Engagements der OSZE in diesem Bereich können in drei Gruppen zusammengefasst werden: Die OSZE

- ermöglicht und stärkt das politische Engagement auf hoher Ebene in einem breiten Spektrum von Themen, die mit dem Klimawandel zusammenhängen,
- bietet eine Plattform für die Bewusstseinsbildung und den Dialog über Klimawandel und Sicherheit auf politischer Ebene,
- führt Maßnahmen zur Auswertung und Bewältigung potenzieller Sicherheitsrisiken durch, die durch den Klimawandel entstehen.

---

22 Vgl. Florian Krampe/Roberta Scassa/Giovanni Mitrotta, Responses to Climate-Related Security Risks: Regional Organizations in Asia and Africa, in: SIPRI Insights on Peace and Security 2/2018, August 2018, S. 3, unter: <https://www.sipri.org/publications/2018/sipri-insights-peace-and-security/responses-climate-related-security-risks-regional-organizations-asia-and-africa>.

23 Vgl. Brussels Dialogue on Climate Diplomacy, unter: <https://www.brusselsdialogue.net/>.

*Die OSZE als Katalysator für politisches Engagement auf hoher Ebene in Fragen des Klimawandels*

Die OSZE verfügt über die Kapazitäten und Instrumente, die notwendig sind, um sich mit Fragen des Klimawandels, insbesondere im grenzüberschreitenden Kontext, zu befassen. Obwohl der Zusammenhang von Klimawandel und Sicherheit noch kein zentrales Thema auf der Sicherheitsagenda der OSZE ist, ist die Organisation im Bereich Klimawandel als Teil ihres umfassenden Sicherheitsansatzes bereits eine Menge erreicht.

Vor diesem Hintergrund wird im Folgenden ein Überblick über die politischen Verpflichtungen der OSZE gegeben, die direkt oder indirekt mit dem Klimawandel zusammenhängen.

Bereits 1975 nannte die Schlussakte von Helsinki, das Gründungsdokument der OSZE, „Untersuchungen von Veränderungen des Klimas“ als einen Bereich der Zusammenarbeit zwischen den Teilnehmerstaaten im Rahmen der *Grundlagenforschung, Beobachtung, Vorhersage und Bewertung von Umweltveränderungen*.<sup>24</sup>

Mit Beschluss Nr. 194 des Ständigen Rats der OSZE aus dem Jahr 1997 wurde das Amt des Koordinators für Wirtschafts- und Umweltaktivitäten der OSZE geschaffen, der u.a. auf die Sachkenntnis einschlägiger internationaler und regionaler Organisationen, Institutionen und Initiativen, die in den Bereichen Wirtschaft und Umwelt tätig sind, zurückgreifen soll, „wenn es um die Einschätzung potentieller Sicherheitsrisiken geht, die ganz oder teilweise durch wirtschaftliche, soziale oder ökologische Faktoren bedingt sind“.<sup>25</sup> Der Klimawandel stellt als langfristige globale ökologische Herausforderung mit schwerwiegenden sozialen Folgen und hohen wirtschaftlichen Kosten einen dieser Faktoren dar.

In dem 2003 auf dem Maastrichter OSZE-Ministerratstreffen verabschiedeten OSZE-Strategiedokument für die Wirtschafts- und Umweltdimension (Maastricht-Strategie) wird das Büro des Koordinators für Wirtschafts- und Umweltaktivitäten der OSZE damit beauftragt, zu den OSZE-Aktivitäten im Bereich Frühwarnung und Konfliktverhütung durch die Überwachung wirtschaftlicher und ökologischer Herausforderungen und Bedrohungen für die Sicherheit und Stabilität in der OSZE-Region beizutragen. Die Minister nehmen im Kontext bestehender internationaler Umweltübereinkommen konkret Bezug auf das Protokoll von Kyoto zum Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen (*United Nations Framework Convention on Climate Change*, UNFCCC) und verpflichten sich dazu, die vollständige Umsetzung

---

24 Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, Schlussakte, Helsinki 1975, S. 40, unter: <https://www.osce.org/helsinki-final-act>.

25 Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, Ständiger Rat, Beschluss Nr. 194, Mandat des Koordinators für ökonomische Aktivitäten der OSZE, (Vorübersetzung), PC.DEC/194, 5. November 1997, in: Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, Ständiger Rat, PC.JOUR/137, 5. November 1997.

aller einschlägigen Übereinkommen durch deren Vertragsstaaten zu unterstützen.<sup>26</sup>

Die Madrider Erklärung zu Umwelt und Sicherheit aus dem Jahr 2007 stellt fest, dass „der Klimawandel eine langfristige Herausforderung darstellt“, dass „der Klimaprozess der Vereinten Nationen das geeignete Forum für Verhandlungen über eine künftige weltweite Reaktion auf den Klimawandel ist, und dass der OSZE als regionaler Sicherheitsorganisation im Sinne von Kapitel VIII der Charta der Vereinten Nationen im Rahmen ihres Mandats bei der Bewältigung dieser Herausforderung in ihrer eigenen Region eine ergänzende Rolle zukommt“.<sup>27</sup> In den Schlussfolgerungen heißt es u.a.: „Die Schädigung der Umwelt, sei es durch Naturkatastrophen oder durch vom Menschen verursachte Katastrophen und deren mögliche Auswirkungen in Form eines erhöhten Migrationsdrucks, könnte ein zusätzliches Konfliktpotential darstellen. Der Klimawandel könnte diese Herausforderungen im Umweltbereich vergrößern.“<sup>28</sup> Die Erklärung hebt außerdem die wichtige Rolle der OSZE bei der Bewusstseinsbildung hervor: „Die OSZE könnte verstärkt auf die möglichen Auswirkungen der Herausforderungen im Umweltbereich auf die Sicherheit aufmerksam machen, indem sie ihr Forum für den Dialog und den Austausch von Erfahrungen und bewährten Methoden nützt und auch diese Überlegungen in ihre Aktivitäten einbezieht“.<sup>29</sup>

Im Jahr 2009 wurde die Herausforderung des Klimawandels im Zusammenhang mit Migration erörtert. Mit dem Beschluss des Athener Ministerrats zur Migrationssteuerung wird die OSZE u.a. damit beauftragt, einen Beitrag „zu den internationalen Bemühungen zur Abschätzung der möglichen Auswirkungen der Schädigung der Umwelt auf den Migrationsdruck, die möglicherweise durch den Klimawandel verstärkt werden, um auf diesem Gebiet eine bessere Vorsorge sicherzustellen“, zu leisten.<sup>30</sup>

Mit Blick auf den Energiebereich unterstreicht der Beschluss des Athener Ministerrats über die „Stärkung des Dialogs und der Zusammenarbeit zum Thema Energiesicherheit im OSZE-Raum“ aus dem Jahr 2009, „dass die eng miteinander verknüpften Herausforderungen des Klimawandels, der Energiesicherheit und der rationellen Nutzung von Energieressourcen zu den wichtigsten Fragen zählen, die zur Sicherung einer nachhaltigen Entwicklung unter strategischen Gesichtspunkten gelöst werden müssen“. Der Beschluss „legt den

---

26 Vgl. OSZE-Strategiedokument für die Wirtschafts- und Umweltdimension, in: Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, in: Elfte Treffen des Ministerrats, 1. und 2. Dezember, MC.DOC/1/03, Maastricht, 2. Dezember 2003, S. 15-28, hier: S. 24-25, unter: <https://www.osce.org/files/f/documents/4/d/40535.pdf>.

27 Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, Ministerrat, Madrid 2007, Madrider Erklärung zu Umwelt und Sicherheit, MC.DC/4/07, 30. November 2007, S. 1, unter: <https://www.osce.org/mc/29550>.

28 Ebenda, S. 2.

29 Ebenda.

30 Beschluss Nr. 5/09, Migrationssteuerung, MC.DEC/5/09 vom 2. Dezember 2009, in: Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, Siebzehntes Treffen des Ministerrats, 1. und 2. Dezember 2009, Athen, 2. Dezember 2009, S. 25-27, hier: S. 27, unter: <https://www.osce.org/files/f/documents/3/5/67623.pdf>.

Teilnehmerstaaten nahe, im Hinblick auf die Bewältigung der Herausforderungen im Energiebereich in der OSZE-Region Bewusstsein für die von den G-8 in St. Petersburg verabschiedeten Prinzipien und Ziele zur Stärkung der globalen Energiesicherheit zu bilden [...]“, indem sie sich u.a. „mit dem Klimawandel und nachhaltiger Entwicklung auseinandersetzen“.<sup>31</sup> Darüber hinaus hält der Beschluss des Ministerrats von Kiew aus dem Jahr 2013 über die Reduzierung des ökologischen Fußabdrucks der energiebezogenen Aktivitäten in der OSZE-Region fest, „dass eine verantwortungsvolle und nachhaltige Bewirtschaftung der natürlichen und Energieressourcen die Umwelt schonen, den Klimawandel verlangsamten, das Wirtschaftswachstum anregen und zu Sicherheit und Stabilität beitragen kann“.<sup>32</sup>

Der Beschluss des Ministerrats von Basel über die Verbesserung der Katastrophenvorsorge aus dem Jahr 2014 stellt einen Zusammengang zwischen Katastrophen und Klimawandel her. In diesem Beschluss weisen die Teilnehmerstaaten darauf hin, „dass der Klimawandel Häufigkeit und Heftigkeit von Katastrophen möglicherweise erhöht und Klimaschutz und Klimaanpassung daher wichtige Maßnahmen zur wirksamen Katastrophenvorsorge sind“. Zudem ermutigt der Beschluss „die Teilnehmerstaaten, Katastrophenvorsorgemaßnahmen zu entwickeln und gegebenenfalls mit Plänen zur Anpassung an den Klimawandel und zu dessen Eindämmung auf allen geeigneten Ebenen zu koordinieren und umzusetzen“.<sup>33</sup>

#### *Die OSZE als Forum für die Bewusstseinsbildung und den Dialog über Klimawandel und Sicherheit auf politischer Ebene*

Um die Aufmerksamkeit hochrangiger politischer Entscheidungsträger auf das Thema „Klimawandel und Sicherheit“ zu lenken, nutzt die OSZE ihre verschiedenen Foren und Gremien wie den Ministerrat, den Ständigen Rat, den Wirtschafts- und Umweltausschuss, das jährlich stattfindende Wirtschafts- und Umweltforum, ihre Mechanismen für die Zusammenarbeit mit ihren Partnern in Asien und im Mittelmeerraum sowie die Parlamentarische Versammlung. Die *OSCE Security Days*, die regelmäßig vom OSZE-Generalsekretär organisiert werden, bieten ebenfalls ein offenes und interaktives Diskussionsforum. Sie identifizieren neue Trends und Handlungsprioritäten in ausgewählten Sicherheitsfragen, einschließlich des Klimawandels. All diese Gelegenheiten

---

31 Beschluss Nr. 6/09, Stärkung des Dialogs und der Zusammenarbeit zum Thema Energiesicherheit im OSZE-Raum, MC.DEC/6/09 vom 2. Dezember 2009, in: Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, Siebzehntes Treffen des Ministerrats, a.a.O. (Anm. 30), S. 28-30, hier: S. 29.

32 Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, Ministerrat, Kiew 2013, Beschluss Nr. 5/13, Reduzierung des ökologischen Fußabdrucks der energiebezogenen Aktivitäten in der OSZE-Region, MC.DEC/5/13, 6. Dezember 2013, S. 1, unter: <https://www.osce.org/mc/109342>.

33 Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, Ministerrat, Basel 2014, Beschluss Nr. 6/14, Verbesserung der Katastrophenvorsorge, MC.DEC/6/14, 5. Dezember 2014, S. 2 und 3, unter: <https://www.osce.org/mc/130406>.

helfen den nationalen Sicherheitsbehörden der OSZE-Teilnehmerstaaten und der Kooperationspartner dabei, sich auf die Vorteile für die Sicherheit zu konzentrieren, die sich aus ambitionierten und kooperativen Klimaschutzmaßnahmen ergeben, wie sie im Übereinkommen von Paris und in der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung vorgesehen sind.

Im Jahr 2009 leistete die OSZE einen Beitrag zu dem bereits erwähnten Bericht des VN-Generalsekretärs „Der Klimawandel und seine möglichen Auswirkungen auf die Sicherheit“. Dem folgte am 5. und 6. Oktober 2009 in Bukarest eine Konferenz des OSZE-Vorsitzes über die Auswirkungen des Klimawandels auf die Sicherheit in der OSZE-Region. Die Konferenz warf ein Schlaglicht auf die potenziellen Bedrohungen und Auswirkungen des Klimawandels in der gesamten OSZE-Region und erörterte Möglichkeiten, den Dialog und die Zusammenarbeit über die sicherheitsrelevanten Aspekte des Klimawandels zu vertiefen.

Der Klimawandel und seine Auswirkungen auf die Sicherheit machten auch einen wichtigen Teil der Beratungen im Rahmen des jährlichen Wirtschafts- und Umweltforums der OSZE aus. Seit 2007 befasst sich das Forum mit Themen wie Umwelt und Sicherheit, Migration, Energie, Katastrophenvorsorge, Wasserbewirtschaftung und grüne Wirtschaft. Auch der Klimawandel wurde ausgiebig diskutiert.

Seit 2014 wurde der Zusammenhang zwischen „Klimawandel und Sicherheit“ auch im Kontext der *OSCE Security Days*<sup>34</sup> zu den Themen Wasserdiplomatie (2014), Klimawandel und Sicherheit (2015), Migration (2016) und nachhaltige Städte (2017) beleuchtet. Bei den *Security Days* zum Thema „Die OSZE und die Ziele für nachhaltige Entwicklung“, die am 4. Juni 2019 stattfanden, wurden die Wechselwirkungen zwischen Klimawandel und nachhaltiger Entwicklung ausgiebig diskutiert, insbesondere in Bezug auf SDG 13, Maßnahmen zum Klimaschutz, und in einem breiteren Kontext im Rahmen der Säule „Frieden“ der Agenda 2030. Die Diskussion machte deutlich, dass die Umsetzung der SDGs, vor allem in Bezug auf Klimawandel und Sicherheit, mit mehr Nachdruck vorangetrieben werden muss. Sie verdeutlichte aber auch die Rolle der OSZE als Katalysator bei der Unterstützung der Bemühungen ihrer Teilnehmerstaaten zur Bewertung und Bewältigung der Auswirkungen des Klimawandels auf die Sicherheit.

Die Parlamentarische Versammlung der OSZE widmet dem Klimawandel, u.a. in Gestalt ihres Ausschusses für wirtschaftliche Angelegenheiten, Wissenschaft, Technik und Umwelt, ebenfalls besondere Aufmerksamkeit.

---

34 Die *OSCE Security Days* wurden 2012 ins Leben gerufen und versammeln bekannte Experten aus Regierungen, Think-Tanks, wissenschaftlichen Einrichtungen, Zivilgesellschaft, der Jugend und den Medien, um sich untereinander und mit den OSZE-Teilnehmerstaaten und -Kooperationspartnern in informellen und interaktiven Diskussionen über Sicherheitsbedrohungen und -herausforderungen des 21. Jahrhunderts auseinanderzusetzen.

*Die OSZE als Moderator bei der Bewertung und Bewältigung potenzieller vom Klimawandel ausgehender Sicherheitsrisiken*

Zwischen 2010 und 2013 veranstaltete die OSZE in enger Zusammenarbeit mit der Europäischen Umweltagentur und Adelphi, einem führenden Think-Tank für Klima, Umwelt und Entwicklung, Expertenrunden und Szenario-Workshops, um darüber zu diskutieren, wie sich der Klimawandel auf die Sicherheit und Stabilität in der OSZE-Region auswirken wird.

Im Jahr 2013 startete die OSZE gemeinsam mit ihren Partnern in der Umwelt- und Sicherheitsinitiative (*Environment and Security Initiative, ENVSEC*)<sup>35</sup> ein mehrjähriges Projekt mit mehreren Partnern und unter Beteiligung verschiedener Interessengruppen, das sich mit dem Klimawandel und den daraus resultierenden sicherheitsrelevanten Herausforderungen in drei Regionen befasst: in Osteuropa, im Südkaukasus und in Zentralasien.

Das Projekt wurde von der Europäischen Union durch ihr Instrument für Stabilität (IfS), das 2014 durch das Instrument für Stabilität und Frieden (ISP) abgelöst wurde, und von der *Austrian Development Agency (ADA)* finanziert. Das übergeordnete Ziel des Projekts war die Unterstützung regionaler Stabilität durch grenzüberschreitende Zusammenarbeit bei der Anpassung an die Folgen des Klimawandels. Um dieses Ziel zu erreichen, verfolgte das Projekt zwei konkrete Teilziele: erstens, die Wahrnehmung des Klimawandels als sicherheitspolitische Herausforderung und die Sensibilisierung dafür sowie die daraus resultierende Notwendigkeit regionaler und grenzüberschreitender Zusammenarbeit bei der Anpassung in drei Regionen zu stärken; und zweitens, die nationalen und regionalen Kapazitäten zu erhöhen, um potenzielle Sicherheitsrisiken, die aus dem Klimawandel resultieren, effektiv und rechtzeitig vorherzusagen, verhindern und abschwächen zu können.

Die OSZE leitete die Durchführung dieses ambitionierten Projekts zwischen 2013 und 2017 in enger Zusammenarbeit mit ihren Partnern in der ENVSEC-Initiative, ihren Feldoperationen und vor allem mit ihren nationalen Ansprechpartnern, sowohl staatlichen als auch nichtstaatlichen Akteuren, in allen Phasen der Projektumsetzung.

Das Projekt wurde in elf Ländern durchgeführt: in Belarus, Moldau und der Ukraine in Osteuropa; in Armenien, Aserbaidshan und Georgien im Südkaukasus und in Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan in Zentralasien. Das Projekt bestand aus vier einzelnen, jedoch miteinander zusammenhängenden Komponenten. Die erste Komponente zielte auf

---

35 Im Rahmen der 2003 gegründeten Umwelt- und Sicherheitsinitiative (ENVSEC) arbeitet die OSZE mit dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (*United Nations Development Programme, UNDP*), dem Umweltprogramm der Vereinten Nationen (*United Nations Environment/United Nations Environment Programme, UNEP*), der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa (*United Nations Economic Commission for Europe, UNECE*) und dem Regionalen Umweltzentrum für Mittel- und Osteuropa (*Regional Environmental Center for Central and Eastern Europe, REC*) zusammen, um gemeinsam eine integrierte Antwort auf Herausforderungen in den Bereichen Umwelt- und Sicherheit zu geben.

eine partizipative Bewertung der Auswirkungen des Klimawandels auf die Sicherheit in jeder der drei Regionen ab. Die zweite umfasste die Schulung der wichtigsten Akteure mit Blick auf die Zusammenhänge zwischen Klimawandel, Sicherheit und bewährten Praktiken bei der Anpassung an den Klimawandel, u.a. auch im grenzüberschreitenden Kontext. Die dritte Komponente betraf die Bewusstseinsbildung von Entscheidungsträgern und anderen Akteuren, u.a. durch die möglichst weite Verbreitung von Informationen, die durch das Projekt zustande gekommen waren. Die vierte Komponente zielte darauf ab, die Vorzüge der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit bei der Anpassung an den Klimawandel zu demonstrieren. Hierzu wurde eine Pilotinitiative im Einzugsgebiet des Dnjestr, das sich Moldau und die Ukraine teilen, durchgeführt. Im Folgenden wird ein kurzer Überblick über die wichtigsten Ergebnisse der einzelnen Komponenten gegeben.

*Komponente 1: Partizipative klimabezogene Bewertungen der Sicherheitsrisiken*

Im Anschluss an Schreibtischstudien zu Klimawandel und Sicherheit für jede der drei Regionen wurden in jedem der elf Länder nationale Konsultationsworkshops organisiert. Diese Workshops brachten eine Vielzahl unterschiedlichster Vertreter von Regierungsbehörden aus den Bereichen Umwelt, Wasser, Energie, Landwirtschaft, Tourismus, Gesundheit, Industrie, Verteidigung und anderen Gebieten sowie Vertreter der Zivilgesellschaft, der Wissenschaft und der Wirtschaft zusammen. Die Teilnehmer diskutierten über den Zusammenhang zwischen Klima und Sicherheit aus der Perspektive verschiedener Bereiche und Interessengruppen und arbeiteten geographische Hotspots heraus, an denen Klimawandel und Sicherheit aufeinandertreffen.

Die Ergebnisse der nationalen Beratungen flossen anschließend in die regionalen Beratungen ein, zu denen Vertreter staatlicher und nichtstaatlicher Interessengruppen aus allen Ländern der jeweiligen Region zusammenkamen. Diese regionalen Konsultationen boten ein Forum für den Meinungs- und Informationsaustausch zwischen den Ländern sowie für die Erörterung von Fragen der Klimasicherheit auf regionaler Ebene. Zu den wichtigsten Ergebnissen der Beratungen zählten die Identifizierung und Kartierung grenzüberschreitender Hotspots sowie die Erarbeitung politischer Empfehlungen. Die Ergebnisse der regionalen Beratungen wurden anschließend in regionalen Bewertungsberichten zum Thema Klimawandel und Sicherheit zusammengefasst.<sup>36</sup>

Insgesamt nahmen mehr als 550 nationale Akteure in elf Ländern in drei Regionen an diesem Bewertungsprozess teil. Es wurden 35 geographische Hotspots identifiziert und prioritär eingestuft, für die politische Empfehlungen entwickelt wurden.

---

36 Die Berichte für die einzelnen Regionen sind erhältlich unter: <https://www.osce.org/projects/climate-change-and-security>.

*Komponente 2: Schulung und Kapazitätsaufbau*

Fünfundsiebzig Teilnehmer aus elf Ländern erhielten eine intensive Schulung, wie die Ergebnisse der Bewertungsberichte in Entscheidungs- und Planungsprozessen genutzt werden können.

*Komponente 3: Bewusstseinsbildung und Informationsverbreitung*

In jeder der drei Regionen wurden öffentliche Anhörungen durchgeführt, in denen die Ergebnisse der regionalen Bewertungen bekanntgegeben und bewährte Praktiken und Erfahrungen aus anderen Regionen ausgetauscht wurden. Außerdem wurden die regionalen Bewertungsberichte in englischer und russischer Sprache in großem Umfang verbreitet.

*Komponente 4: Grenzüberschreitende Anpassungsstrategie für das Einzugsgebiet des Dnjestr*

Diese Komponente baute auf dem langjährigen Engagement der OSZE und ihrer Partner im Einzugsgebiet des Dnjestr auf. Seit 2004 fördern die OSZE und die UNECE auf Ersuchen Moldaus und der Ukraine die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Einzugsgebiet des Flusses. Dazu gehören mehrere aufeinander folgende Projekte in den Bereichen Hochwasserschutz und Anpassung an den Klimawandel, Schutz der Artenvielfalt, grenzüberschreitendes Monitoring, Informations- und Datenaustausch sowie Sensibilisierung der Öffentlichkeit. Ein wichtiges Ergebnis der kontinuierlichen Unterstützung war die Unterzeichnung des Vertrags über das Einzugsgebiet des Dnjestr durch Moldau und die Ukraine im November 2012. Der Vertrag weitet die bestehende Zusammenarbeit erheblich aus und deckt das gesamte Flusseinzugsgebiet und alle für die Bewirtschaftung und den Schutz der gemeinsamen Wasserfläche wichtigen Arbeitsbereiche ab. Das mehrjährige Projekt baute auf dieser soliden Grundlage für eine Zusammenarbeit auf und unterstützte die Länder bei der Entwicklung einer grenzüberschreitenden Anpassungsstrategie für das Einzugsgebiet des Dnjestr. Diese Strategie wurde 2015 von den Umweltministern beider Länder formell gebilligt. Daraufhin wurde ein Implementierungsplan entwickelt, der 25 Maßnahmengruppen für die kurz-, mittel- und langfristige Implementierung der Anpassungsstrategie festlegte. Das Gesamtbudget betrug 235 Millionen Euro.

Bis heute hat die OSZE ihre Aktivitäten im Einzugsgebiet des Dnjestr in Form eines Projekts fortgesetzt, das von der Globalen Umweltfazilität (*Global Environment Facility*, GEF) finanziert wird und 2017 in enger Partnerschaft mit der UNECE und dem UNDP gestartet wurde. Das Projekt unterstützt Moldau und die Ukraine bei der Umsetzung des bilateralen Dnjestr-Vertrags. Ein besonderer Schwerpunkt liegt dabei auf den klimabedingten Herausforderungen und den im Rahmen des oben genannten Projekts erarbeiteten Maßnahmen.

### *Neue Initiativen der OSZE vor Ort*

Vor Kurzem wurde ein neues Projekt mit dem Titel „Stärkung der Maßnahmen gegen Sicherheitsrisiken des Klimawandels in Südosteuropa, Osteuropa, dem Südkaukasus und Zentralasien“ ins Leben gerufen. Im Rahmen dieses Projektes wird die OSZE die Identifizierung und Kartierung von Hotspots durch partizipative Bewertungen in Südosteuropa unterstützen, wobei für Osteuropa, Zentralasien und den Südkaukasus dieselbe Methode der partizipativen Bewertung verwendet wird. Das Projekt wird ebenso das Beispiel des Dnjestr-Projekts wiederholen und die Entwicklung und Durchführung von Maßnahmen zur Eindämmung des Klimawandels und der Reduzierung der Sicherheitsrisiken in ausgewählten grenzüberschreitenden Hotspots in allen vier Regionen unterstützen. Dieses Projekt wird sich stärker auf Bewusstseinsbildung und Kapazitätsaufbau durch dezidierte Programme für Medien, NGOs und Parlamentarier konzentrieren. Darüber hinaus beabsichtigt die OSZE im Rahmen dieser neuen Initiative eine genderspezifische Analyse des Klimawandels und der Sicherheit in der OSZE-Region durchzuführen.

Die OSZE bereitet außerdem eine neue Initiative für den Mittelmeerraum vor, die in Partnerschaft mit der Union für den Mittelmeerraum (UfM) und in enger Zusammenarbeit mit den OSZE-Kooperationspartnern im Mittelmeerraum, Ägypten, Algerien, Israel, Jordanien, Marokko und Tunesien, durchgeführt wird. Diese gemeinsame Initiative von OSZE und UfM soll die Übernahme der bewährten Praktiken der OSZE zur Bewältigung klimabedingter Sicherheits Herausforderungen im Mittelmeerraum unter optimaler Nutzung der politischen Plattformen der UfM und der OSZE ermöglichen.

### *Fazit und ein Blick nach vorn*

Heute werden wir Zeuge weltweiter schwerer klimabedingter Katastrophen wie Überschwemmungen, Dürren, Wirbelstürme, Waldbrände und Hitzewellen, die die besorgniserregenden Befunde des IPCC-Sonderberichts „1.5 °C globale Erwärmung“ bestätigen. Gleichzeitig steht der Klimawandel auf der globalen politischen Agenda an erster Stelle. Der Klima- und Nachhaltigkeitsgipfel der Vereinten Nationen im September 2019 bot die Möglichkeit, weitreichende Maßnahmen anzukündigen. Im Jahr 2020 werden viele Länder voraussichtlich ihre Verpflichtung zur Umsetzung des Pariser Übereinkommens durch hoffentlich ehrgeizigere nationale Beiträge erneuern.

Für die OSZE ist dies ein guter Zeitpunkt, ihre bisherigen Erfahrungen, insbesondere in der zweiten Dimension, genauer zu analysieren und daraus Schlussfolgerungen und Lehren für ihr mögliches künftiges Handeln zu ziehen. Diese könnten wie folgt zusammengefasst werden:

- Die Anpassung an und Verminderung von mit dem Klimawandel verbundenen Risiken erfordern eine multilaterale Zusammenarbeit.
- Die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung des Klimawandels und Klimadiplomatie können gute Ansatzpunkte dafür sein, gutnachbarschaftliche Beziehungen zu fördern und Vertrauen aufzubauen und zu stärken.
- Die Bekämpfung des Klimawandels auf regionaler Ebene ist entscheidend, da sie die auf globaler und nationaler Ebene unternommenen Anstrengungen miteinander verbindet.
- Die Komplexität der Herausforderungen im Spannungsfeld von Klima und Sicherheit erfordert ressortübergreifende und gesamtgesellschaftliche Ansätze sowie neue Vereinbarungen über ein integriertes Ressourcenmanagement, um die Bedürfnisse und Interessen der verschiedenen Sektoren, vor allem Wasser, Energie und Landwirtschaft, auszutarieren. Was letztere betrifft, bietet ein Nexus-Ansatz sowohl innerhalb eines Landes als auch länderübergreifend Chancen.
- Die OSZE hat gemeinsam mit ihren Partnern wertvolle Erfahrungen bei der Durchführung klimabezogener Sicherheitsrisikobewertungen und der Entwicklung und Unterstützung grenzüberschreitender Anpassungsmaßnahmen gewonnen, die dazu genutzt werden können, die nationalen Kapazitäten zu stärken und regionale Reaktionen zu konzipieren und umzusetzen.

Die rasch fortschreitende Umweltzerstörung, die zunehmende Ressourcenknappheit und die sich häufenden und immer heftigeren Naturkatastrophen stellen weltweit, so auch in der OSZE-Region, eine große Gefahr für die Sicherheit und Stabilität dar. Diese ohnehin schon komplexen Risiken werden durch den Klimawandel noch verschärft. Die immer dringlicheren Herausforderungen, vor denen wir bereits heute stehen, werden nicht darauf warten, dass wir geeignete Maßnahmen ergreifen. Im Gegenteil: Es besteht mehr Handlungsbedarf als jemals zuvor. Die Verhütung und Eindämmung dieser Herausforderungen und Risiken erfordern kollektives Handeln auf allen Ebenen. Die OSZE als konsensbasierte Organisation ist zweifellos dafür geeignet, die Plattform und die Mittel hierfür zur Verfügung zu stellen.